

Dringliche Anfrage

Hannover, den 18.06.2018

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Uneinigkeit zwischen Honé und Otte-Kinast: Wie wird sich die Landesregierung hinsichtlich des EU-Vorschlags zu Kürzungen in der zweiten Säule der GAP positionieren?

Die Budgetkürzungen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) werden vor allem die Mittel der zweiten Säule betreffen. Hingegen sollen 73 % der Agrargelder weiter als pauschale Flächenprämien nach Hektaren und nicht leistungsbezogen im Rahmen der ersten Säule vergeben werden. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesagrarministeriums lehnt eine solche Prämienvergabe ab.

Die Mitglieder der Landesregierung bewerten den EU-Kommissionsvorschlag zur GAP-Reform unterschiedlich. So heißt es in der NOZ vom 1. Juni 2018: „Anders als Otte-Kinast kann Europaministerin Birgit Honé den Vorschlägen viel Gutes abgewinnen: Dass beide Fördersäulen bleiben sollen, sei eine ‚gute Nachricht‘. Zwar schmerze der Einschnitt in der zweiten Säule, doch den ‚werden wir über die Möglichkeit der Umschichtung von bis zu 30 % der Gelder aus der ersten Säule in die ländliche Entwicklung schaffen können‘, kündigt Honé an. Dass die Agrarpolitik ‚ökologischer und klimafreundlicher‘ werden solle, sei ‚ein gutes Signal an die Gesellschaft‘. Und während Otte-Kinast vor neuer Bürokratie insbesondere für die Bauern warnt, lobt Honé, dass ‚in den Vorschlägen echte Entbürokratisierung und mehr Flexibilität zu erkennen sind“.

Angesichts dieser unterschiedlichen Bewertung innerhalb der Landesregierung fragen wir die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung im Falle eines Inkrafttretens des jetzigen EU-GAP-Vorschlages von der Möglichkeit Gebrauch machen, 30 % der Gelder aus der ersten in die zweite Säule umzuschichten?
2. Wie positioniert sich die Landesregierung zu dem Vorschlag, klimawandelbedingte Ernteschäden mit Mitteln der zweiten Säule auszugleichen, anstatt eine langfristige Anpassung an klimawandelbedingte Witterungseinflüsse zu fördern?
3. Welche Auswirkungen wird der jetzige GAP-Vorschlag unter Beibehaltung der pauschalen Flächenprämien auf eine Lösung von Umweltproblemen wie der Nitrat- und Ammoniakbelastung, auf gesellschaftlich geforderte Tierwohlleistungen, das Artensterben und den Biotopschutz (mesophiles Grünland etc.) haben?

Anja Piel
Fraktionsvorsitzende